

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (20)



9. Mai 2024

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Der Kreistag, über den wir hier berichten, fand am 8. Mai statt. Es ist der Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. 79 Jahre ist der 2. Weltkrieg nun vorbei. Das ist noch nicht allzu lang her. Und doch wird wieder aufgerüstet, gezündelt und unsere Bevölkerung soll kriegstüchtig gemacht werden. In unserer Haushaltsrede haben wir an dieses Jubiläum erinnert. Und wir haben die Auswirkungen des wachsenden Rüstungsetats auf die kommunalen Haushalte angesprochen. Und noch ein Jubiläum findet in den nächsten Tagen statt, auf das wir hingewiesen haben: Am 23. Mai feiert unser Grundgesetz seinen 75. Geburtstag. Mit dem Grundgesetz sollten Lehren aus Faschismus, Krieg und Zerstörung gezogen werden. Deshalb steht es auf drei Grundpfeilern, dem Friedensgebot, dem Sozialstaatsgebot und dem Rechtsstaatsgebot. Wie eklatant inzwischen diese Gebote verletzt werden – auch das haben wir in der Haushaltsrede angesprochen.

Zwei Themen bestimmten diese Kreistagssitzung: Der Haushalt für 2024 und die Schließung wichtiger Stationen beim Mathilden-Hospital in Büdingen. Dazu hatte die Koalition aus CDU und SPD einen Resolutionsantrag eingebracht. Dazu kamen zahlreiche Dringlichkeitsanträge anderer Fraktionen.

Und wir berichten heute über einen Vorschlag der neuen Kreisbeigeordneten Marion Götz, zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Haushalt 2024
2. Anträge Fraktion DIE LINKE. zum Haushalt 2024
3. Einige weitere Haushaltsanträge der anderen Fraktionen
4. Debatte zur weitgehenden Schließung des Mathilden-Hospitals Büdingen
5. Aktuelles zur Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft

RÜCKLICHT

1. April 2024: Wir freuen uns, dass die Ostermärsche in diesem Jahr gut besucht waren. Noch reicht der Protest gegen Aufrüstung und Kriegsgeschrei nicht aus. Doch das muss sich ändern und das wird sich ändern! DIE LINKE. Wetterau hat sich wieder am Ostermarsch in Frankfurt beteiligt.

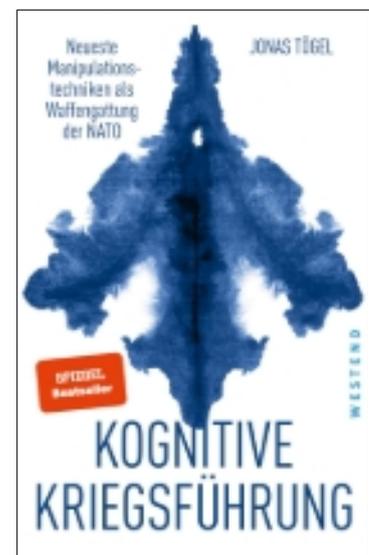


1. Mai 2024: Auf der DGB-Maikundgebung in Friedberg waren wir mit einem Informationsstand vertreten. Unser Thema: Abrüstung statt Aufrüstung! Wer jährlich 85 Milliarden für Rüstung ausgibt, hat kein Geld für Daseinsfürsorge. Die Mehrheit der Menschen braucht aber eine öffentliche Gesundheitsversorgung, gute Bildung und bezahlbares Wohnen. Krieg braucht niemand!

„Wetterauer Aktion Frieden“ lädt ein:

"Jeder Mensch im Visier" - Die Wetterauer Aktion Frieden lädt ein zum Gesprächsabend über das Thema "Kognitive Kriegsführung". Das sind Militärprogramme, die auf das Fühlen und Denken von Menschen abzielen. **Mittwoch, 15. 5. um 19:30 Uhr im Roten Laden, Usagasse 26, Friedberg.**

Zum Einstieg zeigen wir ein etwa halbstündiges Video von einem Interview mit dem Autor Jonas Tögel. In seinem Buch schreibt er, wie in den letzten 120 Jahren die Erkenntnisse über die menschliche Wahrnehmung verwendet wurden, um Mittel zur Manipulation zu entwickeln. Angewendet werden sie besonders in Krisen- und Kriegszeiten. Wo stehen wir heute?



Haushalt 2024

Mit Verspätung wurde der Haushalt für 2024 verabschiedet. FDP und Freie Wähler haben das kritisiert. Die Freien Wähler haben einen Antrag eingebracht, dass zukünftige Haushalte immer rechtzeitig zum Jahresende vorliegen sollen. Wir wundern uns, dass sich diese Fraktionen an solchen Formalia stören und dass sie die grundlegenden Schwierigkeiten bei der Aufstellung des Haushalts gänzlich außer acht lassen. Ist es nicht viel schwerwiegender, dass dieser Haushalt nur mit 42 Millionen Euro Defizit zustande kommen konnte? Ist es nicht schwerwiegender, dass das Defizit noch höher läge, wenn nicht die letzten Rücklagen dafür mobilisiert worden wären? Warum machen sich diese Fraktionen keine Gedanken darum, dass es zukünftig immer schwieriger werden wird, einen Haushalt aufzustellen, weil Bund und Land keine ausreichende Finanzierung bereitstellen? Warum wird nicht kritisiert, dass wichtige soziale Teilhaushalte um 15 Millionen gekürzt worden sind? Das alles war kein Thema. Stattdessen diskutieren sie um ein paar Monate, die die Kämmerei gebraucht hat, um diesen Haushalt gangbar zu machen. Die Koalition aus CDU und SPD lobte natürlich ihren Haushalt. Woher das Defizit stammt und wie es in Zukunft weitergehen soll, kam nicht vor. Einen Zusammenhang zwischen der Bundespolitik und den finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen können oder wollen sie nicht sehen.

Das war unsere Haushaltsrede:

Herr Kreistagsvorsitzender, Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Haushaltsrede möchte ich mit dem Hinweis auf zwei außerordentliche Jahrestage beginnen. Sollten Sie sich fragen, was das mit dem Wetterauer Haushalt zu tun hat, dann darf ich Sie beruhigen: Ich komme genau darauf noch deutlich zu sprechen.

Erstens, meine Damen und Herren, wird in diesem Jahr, am 23. Mai 2024, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland 75 Jahre alt.

Mit dem Grundgesetz war ein Neustart verbunden. Eine Hoffnung auf eine bessere, eine friedliche und soziale Zukunft.

Und das war bitter nötig! Deutschland hatte zum zweiten Mal in einem Jahrhundert einen Weltkrieg entfesselt. Besonders auf den Zweiten Weltkrieg trifft das Wort „verheerend“ dramatisch zu. Ich erinnere an die unvorstellbare Zahl von 60 Millionen Toten, davon 27 Millionen Sowjetbürgerinnen und Sowjetbürger, die im Kampf gegen den Faschismus den größten Blutzoll zahlten.

Für immer bleibt dieser Krieg verbunden mit der Kriegsführung der verbrannten Erde, der Unterjochung und Ausbeutung von Völkern und Ländern für die Profite der Deutschen Wirtschaft, mit der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, der Zerstörung der Organisationen der Arbeiterbewegung und der politischen Verfolgung ihrer Mitglieder und Presseorgane. Sie werden verstehen, dass diese Geschichte uns Linke, die wir aus der Arbeiterbewegung kommen, veranlasst, die Hoffnung des Grundgesetzes auf eine friedliche und soziale Zukunft zu verteidigen!

Wir beharren mit aller Kraft auf das Friedensgebot, das Sozialstaatsgebot und das Rechtsstaatsgebot des Grundgesetzes. Und wir werden immer gegen die Aushöhlung dieser grundlegenden Gebote ankämpfen.

Und nun zum zweiten wichtigen Jubiläum: Heute, am 8. Mai, ist der Jahrestag der Befreiung vom Faschismus.

„Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ - Diese Losung ist für uns die Essenz aus der deutschen Geschichte. Und wir betonen: „Nie wieder!“ gilt nicht nur, gegen rechte Entwicklungen in unserem Land. „Nie wieder!“ gilt gegen Krieg, Kriegsvorbereitung und ist die Verpflichtung zu einer friedlichen Außenpolitik, die Konflikte diplomatisch und nicht mit Waffen löst. Und „Nie wieder!“ gilt auch gegen den Abbau demokratischer, bürgerlicher Rechte.

Es ist deutlich sichtbar: Krieg, Hochrüstung und Demokratie vertragen sich nicht!

Meine Damen und Herren,

Dieser Haushalt 2024 ist mit mehr als 600 Millionen Euro Volumen der bisher umfangreichste Haushalt des Wetteraukreises und er kann nicht ohne die Aufnahme von Krediten auskommen: Er ist über 40 Millionen Euro im Minus. Und damit das Defizit nicht noch heftiger ausfällt, musste - wie letztes Jahr auch - auf Rücklagen zurückgegriffen werden, die nun weitgehend aufgebraucht sind.

Die Frage ist: Was machen wir nächstes Jahr? Und übernächstes?

Wie sollen die Aufgaben gestemmt werden? Zumal sich an der unzureichenden finanziellen Ausstattung der Kommunen nichts ändern wird, wie Sie ja auch selbst in der Einleitung zum Haushalt feststellen.

Im Gegenteil ist zu erwarten, dass es in den nächsten Jahren kaum noch finanzielle Spielräume geben und die Verschuldung der Kommunen ansteigen wird.

Hier wird deutlich, wie wichtig es wäre, am Friedensgebot des Grundgesetzes festzuhalten! Denn wer im Jahr 85 Milliarden für Hochrüstung und Krieg ausgibt – geredet wird ja schon über 100 und 130 Milliarden Euro jährlich - und da sind die versteckten Rüstungsausgaben, wie Grundlagenforschung an den Unis oder Subventionen für Firmen gar nicht bilanziert – der hat auch zukünftig kein Geld für Investitionen, öffentliche Daseinsfürsorge und soziale Aufgaben.

Sie, Herr Landrat und ihre Koalition, stellen immer heraus, dass der Sozialhaushalt den größten Batzen im Haushalt ausmacht.

Sie beklagen dann stets auch den Anstieg der Sozialkosten: Zuvorderst die Ausgaben für Geflüchtete, und dann auch die steigenden Mittel für die Teilhabe behinderter Menschen (LWV-Umlage), die teuren Hilfen für Kinder und junge Erwachsene (SGB VIII) usw.

Wir sagen: Zum Glück sind Sie zu diesen Leistungen gesetzlich verpflichtet, denn sonst wären die Kürzungen der letzten Jahre im Sozialbereich noch höher ausgefallen als sie es sind. Es wurde seit 2013 – dem Jahr mit der unseligen „Systematischen Aufgabenkritik“ - viel Geld gekürzt: durch die Vergabe an Billiganbieter, die Aushöhlung von Leistungen in Umfang und Qualität, durch Erschwernis des Zugangs zu Hilfen, durch zeitliche Verzögerungen bei der Leistungsgewährung und so weiter...

Bis jetzt waren diese gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsposten vor dem totalen Kahlschlag relativ sicher. Aber der Bundeshaushalt wurde – zugunsten der Rüstungsetats - schon dieses Jahr in den sozialen Bereichen stark zusammen gestrichen. Etwa bei zahlreichen konkreten Hilfen für Menschen in Notsituationen, beim Jobcenter, bei der Eingliederung für Arbeitslose, bei den Kosten

der Unterkunft, der Gesundheitsversorgung, bei der groß angekündigten Kindergrundsicherung und beim sozialen Wohnungsbau ...

Man braucht da jetzt nicht allzu viel Fantasie, um die Folgen für zukünftige Haushalte im Wetteraukreis abzuschätzen.

Meine Damen und Herren,

wir wundern uns immer, warum Sie, als politisch Verantwortliche für unseren Kreis, diese Entwicklung so stoisch als gegeben hinnehmen. Warum melden Sie sich nicht lautstark zu Wort? Warum kümmern sie sich nicht in Ihren Parteien – die ja in Hessen und im Bund an der Regierung sind – um eine Kursänderung?

Liebe SPD!

Es ist doch Ihr Anliegen gewesen, den sozialen Wohnungsbau voranzubringen und es wurden im Bundes-Koalitionsvertrag endlich 400.000 Sozialwohnungen für die Legislaturperiode vereinbart! Und? Die sind dann lautlos in der Versenkung verschwunden! Von der SPD-Fraktion hier haben wir nichts gehört!

Herr Landrat!

Wieso hört man Sie nur in den Medien, sogar überregional, wenn es um Geflüchtete geht? Und dann nicht mit Vorschlägen und Forderungen, wie man die Überlastung der Kommunen entschärfen bzw. lösen könnte, sondern lediglich mit von rechts entlehntem Katastrophenvokabular: Eine Flutwelle kommt bei uns an, der wir nicht mehr Herr werden können. Und es sind aus ihrer Sicht natürlich nur die so genannten „Weltflüchtlinge“, die uns bedrohen. In Ihren Ausführungen war nie die Rede von ukrainischen Geflüchteten, die doch mit 80 Prozent der Neuankömmlinge den Löwenanteil der Geflüchteten stellten.

So was nennt man Panikmache. Und ich würde sagen: So was ist ein Kniefall vor den rechten Parteien, deren Forderungen man übernimmt und deren rassistischer Hetzerei man assistiert. Jedenfalls ist das keine Politik, die an den tatsächlichen Problemen der Menschen ansetzt.

Für die unteren Einkommensschichten – zu denen Deutsche wie Zuwanderer gleichermaßen gehören – braucht es bezahlbare Wohnungen, Eingliederungsmaßnahmen in Arbeit, ein öffentliches Gesundheitswesen, Kinderbetreuung, Bildung und Ausbildung.

Zumal wenn man dann auch noch dauernd den Facharbeitermangel beklagt!

Es ist doch Irre, wenn man Menschen aus anderen Ländern holt und auf der anderen Seite besonders für die jungen Einwanderer keine Perspektiven bieten kann. Und übrigens: Irgendwo müssen ja auch die „guten Migranten“ wohnen!

Wieso, Herr Landrat, haben Sie darüber nicht in Ihren Medienauftritten gesprochen, was nötig wäre, um eine Politik für die einkommensschwachen Teile der Bevölkerung und den unteren Mittelstand zu machen?

Meine Damen und Herren,

Das größte soziale Problem ist zur Zeit die Wohnungsnot im unteren Preissegment. Die Wohlfahrts- und Mieterverbände sprechen von einer Katastrophe auf dem sozialen Wohnungsmarkt. Hier versagt die bisherige Politik Ihrer Parteien komplett, meine Damen und Herren!

Und auch hier in der Wetterau wurde tatenlos zugesehen, wie binnen zehn Jahren 40 Prozent der Sozialwohnungen verloren gingen. Inzwischen dürften es noch mehr sein!

Sie haben über zehn Jahre eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft verhindert und später verzögert. Sie haben bisher alle Anträge abgelehnt, die eine Abmilderung der Wohnungsnot zum Ziel hatten. Bis vor einer Woche hatten Sie in all diesen Jahren selbst keinen einzigen Vorschlag für mehr bezahlbaren Wohnraum gemacht.

Natürlich kann eine kreiseigene WoBau die Wohnungsnot nicht beheben. Auch kein Viernheimer Modell und auch keine Wohnungsbörse, die wir heute beantragen.

Aber gar nichts machen – mehr als zehn Jahre gar nichts machen - das ist an ideologischer Blindheit kaum zu überbieten!

Jetzt hat die neue Kreisbeigeordnete, Frau Götz, endlich mal einen Vorschlag unterbreitet. Wir begrüßen das! Immerhin stand ja schon im Raum, dass die WoBau beerdigt werden soll, noch bevor sie geboren ist.

Aber, meine Damen und Herren,

Sie werden sich nicht besonders wundern: Wir sind skeptisch. Skeptisch vor allem, weil der Vorschlag für die nächste Zeit keinen eigenen Sozialwohnungsbau vorsieht.

Natürlich werden wir uns intensiv damit auseinandersetzen. Wir werden weiterhin Vorschläge machen. Aber unser Ziel ist klar: Wir wollen auf gar keinen Fall irgendeine Kosmetik, sondern sozialen Wohnungsbau für einkommensschwache Menschen und die untere Mittelschicht, die ja inzwischen auch schon erhebliche Mühe hat, die horrenden Mieten zu bezahlen.

Wir haben deshalb für diesen Haushalt erneut die Aufstockung des Stammkapitals der WoBau auf 21 Millionen Euro beantragt. Mit den bisherigen 2,1 Millionen ist die Gesellschaft nicht lebens- und kreditfähig. Aber das muss sie werden!

Meine Damen und Herren!

Zur Sicherung von Wohnraum gehören auch die Mietobergrenzen.

Wenn die Mietobergrenzen zu niedrig berechnet sind, haben alle Menschen Schwierigkeiten eine Wohnung zu finden, die auf soziale Hilfen angewiesen sind.

Das sind nicht nur Arbeitslose, anerkannte Geflüchtete oder arme Rentnerinnen.

Von den 5,5 Millionen Menschen, die Bürgergeld beziehen, arbeiten 4 Millionen in Billiglohnjobs. Sie verdienen zum Leben zu wenig und müssen beim Jobcenter aufstocken. Für sie alle gelten die Mietobergrenzen.

Wir haben uns mit unserem Antrag die Mühe gemacht, die Mietobergrenzen des Wetteraukreises aus unterschiedlicher Sicht zu beleuchten. Fest steht: Sie sind zu niedrig. Dadurch verringert sich das Wohnungsangebot für die oben genannten Gruppen noch mal drastisch.

Dass Sie überhaupt in Erwägung ziehen, in dieser Situation die Kosten der Unterkunft um mehr als 7 Millionen Euro zusammenzustreichen, ist mit netten Worten nicht mehr zu kommentieren!

Wir halten das für einen eklatanten Verstoß gegen das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes! Wohnen ist für alle ein Menschenrecht und nicht nur für diejenigen mit gutem Einkommen!

Wir fordern Sie auf, die Kürzungen bleiben zu lassen! Wir fordern Sie auf, das Thema „Wohnen“ in der Kreispolitik ganz nach vorne zu stellen! Es braucht eine ebensolche Gewichtung, wie Sie das beim Schulbau tun!

Meine Damen und Herren!

Nun kürzt dieser Haushalt ja nicht nur bei den Kosten der Unterkunft über 7 Millionen Euro. Auch bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende wollen Sie 8 Millionen streichen.

Wir widersprechen dieser Kürzung vehement!

Die Haushaltskonten, die jetzt reduziert werden sollen, sind nach unserer Erfahrung aus der Sozialsprechstunde genau die, die bereits stark ausgehöhlt worden sind.

Drei Beispiele:

1.) So ist es in der Praxis ausgesprochen schwer, Hilfen bei der Wohnungsbeschaffung oder für den Umzug zu bekommen. Wir sahen jetzt mehrmals ein Hinweisblatt bei anerkannten Geflüchteten, mit dem Text: „Eine Kautionsdarlehen kann nicht übernommen werden – auch nicht darlehensweise.“ Kautionsdarlehen sind laut Gesetz Kann-Bestimmungen – außer: wenn die Lage auf dem Wohnungsmarkt angespannt ist.

§ 22 SGBII gewährt daher Bürgergeld-Empfängern einen Anspruch darauf, dass die Mietkaution als Darlehen übernommen wird, soweit der Hilfebedürftige sie nicht aus eigenen finanziellen Mitteln aufbringen kann.

Die Mietkaution als auch die Umzugskosten gelten als Wohnungsbeschaffungskosten bei den Bedarfen für Unterkunft.

Bevor Sie nun sagen, dass Sie nicht zuständig sind, sondern das Jobcenter, machen wir darauf aufmerksam, dass Sie zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit Träger des Jobcenters sind und damit zuständig für die Einhaltung der Gesetze.

2.) Dazu kommt ein weiteres Problem, bei dem der Wetteraukreis viel zu oft bedenklich arbeitet – nämlich der Übergang vom Sozialamt (AsylbLG) zum Jobcenter (SGBII). Dass viele Betroffene in dieser Übergangszeit kein Geld mehr vom Sozialamt erhalten, das Jobcenter jedoch viel zu lange für die Bearbeitung der Anträge braucht, das ist durchaus ihr Verantwortungsbereich! Auch wenn Sie die Betroffenen nicht rechtzeitig vom Rechtskreiswechsel informieren, sondern manchmal sogar mehr als einen Monat zu spät, ist das ihr Verantwortungsbereich. In den uns bekannten Fällen haben Sie die Zahlungen einfach eingestellt und keinen geregelten Übergang ermöglicht. Selbst bei Widersprüchen haben Sie die Lebenshaltung der Betroffenen nicht gesichert. Sie wissen ganz genau, dass das Jobcenter nicht rückwirkend bescheidet! Die Leute sind manchmal zwei Monate ohne Geld. Und wenn sie dann in Miete wohnen, ist Ärger mit dem Vermieter bzw. eine Kündigung vorprogrammiert. Dieser Mißstand muss aufhören!

3.) Und noch ein Punkt:

Anträge zur Erstaussstattung einer Wohnung oder Erstaussstattung für Neugeborene werden nicht gerade selten zunächst abgelehnt. Das bedeutet immer einen harten Kampf!

Wird dann endlich eine Erstaussstattung für die Wohnung bewilligt, liegt der Betrag für eine Familie derzeit deutlich unter 1000 Euro – meist um die 800 Euro.

Dabei hatten wir 2018 eine Debatte hier im Kreistag angestrengt, über die Erstaussstattung, weil der Zuschuss seit 2012 halbiert worden war.

2012 bekam eine Person 2060 Euro, zwei Personen 2250 Euro und jede weitere Person 300 Euro. Nochmal: Das war 2012!! Da gab es 2550 Euro für eine Familie mit Kind. Dann haben sie das einfach halbiert.

Sie fassten hier damals folgenden Beschluss:

Der 2018 übliche Betrag für Erstausrüstung – es waren dann für eine Familie mit Kind noch 1543 Euro - soll 20 Prozent aufgestockt werden und bei einer Erhöhung der Grundsicherung entsprechend prozentual mitsteigen .

Das haben Sie schon nicht gemacht. Es wurde damals trotz Beschluss nur um 10 Prozent aufgestockt. Und bis heute ist von dem Beschluss nichts übrig geblieben – keine Anpassungen, keine Aufstockung. Stattdessen gibt es endloses Ringen um Kleidung für Babies, Babybetten, Betten wenn das Kind dem Kinderbett entwachsen ist.

Ich hoffe, dass an diesen Beispielen – es gibt ja noch viel mehr – deutlich wurde, dass alles andere als eine Kürzung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende nötig wäre!

In der Antwort auf unsere Haushaltsfragen habe sie Ihre Kürzungen mit sinkenden Fallzahlen begründet. Und dass Sie das abgesenkte Niveau des Vorjahres als Ausgangsbasis nehmen wollen. Aber erstens sind die Fallzahlen gestiegen. Und was ziemlich dreist ist: Erst dünnen Sie die Leistungen aus, gewähren sie nicht oder nur reduziert oder nach langen Verzögerungen - und dann wird dieses „abgesenkte Niveau“ als Ausgangsbasis genommen für Kürzungen!

Chapeau! Sie sollten den Sozialpreis der Wetterau beantragen!

Weiß der Teufel, woher sie ruhigen Gewissens diese Begründung nehmen.

Meine Damen und Herren,

wir hätten da außerdem noch zwei schöne Vorschläge für die 8 Millionen:

Drei Millionen kostet ein Wetterauer Sozialpass für einen vergünstigten ÖPNV und für einen sozialen Stromtarif bei der OVAG.

Keine 250.000 Euro würde eine Weihnachtsbeihilfe für Kinder in den Bedarfsgemeinschaften des Jobcenter kosten.

Machen Sie mit dem Geld eine Sozialpolitik, die ihren Namen verdient!

Setzen Sie Wohnungspolitik und Armutsbekämpfung auf Ihre Agenda!

Machen Sie eine Sozialpolitik, die das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ernst nimmt!

So, meine Damen und Herren!

Im letzten Punkt möchte ich noch auf unseren Antrag zum Klima- und Umweltschutz eingehen.

Wir denken, dass es langsam einen extra Teilhaushalt für Klima- und Umweltschutz braucht.

Klima- und Umweltschutz sind keine Aufgaben, die einfach nebenher mitlaufen können.

Auf die Klimaproblematik muss mehr Augenmerk gelegt werden. Warum wird eigentlich der Klimaschutz nicht politisch diskutiert, sondern möglichst schnell als bürokratischer Akt abgehandelt?

Der Wetteraukreis sieht sich selbst als Vorreiter beim Klimaschutz. Gleichzeitig orientiert er sich aber am Klimaschutzgesetz des Bundes und plant nicht, früher klimaneutral zu werden. Er hat nur aktuell einen Vorsprung. Und auf diesem Vorsprung ruht er sich aus.

Deshalb wollen wir mehr Stellen für den Klimaschutz bis 2025/2026:

Es braucht Personal, das die Klimaziele mit Elan anpackt und sich auch kümmert, damit die zahlreichen Fördermöglichkeiten für den Wetteraukreis zugänglich gemacht werden können. Diese Fördergelder beinhalten meist auch Personalkosten, sodass die Stellen finanzierbar wären.

Dazu kommen weitere Handlungsfelder, die unseres Erachtens jetzt verstärkt werden sollten: Das sind der Grundwasserschutz und der Hitzeschutz.

Beide kommen nicht wirklich in den Klimaschutzzielen des Wetteraukreises vor.

Das muss sich dringend ändern!

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit!

Anträge DIE LINKE. zum Haushalt 2024

Wir haben vier Haushaltsanträge gestellt.

Der erste fordert erneut eine ausreichende finanzielle Ausstattung der kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft. Zusätzlich wollen wir eine Wohnungsbörse beim Wetteraukreis ansiedeln. Das wurde schon einmal gemacht, nämlich als viele ukrainische Geflüchtete eine Unterkunft brauchten. Die Wohnungsvermittlung sollte nicht privaten Immobilienfirmen überlassen werden. Lesen Sie den ganzen Antrag:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1726-21-millionen-f%C3%BCr-die-kreieigene-wobau-und-eine-wohnungsb%C3%B6rse.html>

Der Antrag wurde abgelehnt.

Im zweiten Antrag stellen wir uns gegen die Kürzungen bei den Leistungen für Arbeitssuchende. Es geht keineswegs um eine Kleinigkeit: 8 Millionen sollen gekürzt werden!

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1727-haushalt-2024-keine-k%C3%BCrzungen-bei-den-leistungen-f%C3%BCr-arbeitssuchende.html>

Der Antrag wurde abgelehnt.

Der dritte Antrag begründet ausführlich, warum es sozialem Kahlschlag gleichkommt, wenn man ausgerechnet die Zuschüsse für „Kosten der Unterkunft“ (also Mietzuschüsse) um mehr als 7 Millionen streicht. Wir fordern, die Streichung zurückzunehmen! Das Geld wird dringend dafür gebraucht, dass auch einkommensschwache und hilfsbedürftige Haushalte eine Wohnung finden und bezahlen können.

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1728-haushalt-2024-keine-k%C3%BCrzungen-bei-den-mietzusch%C3%BCssen.html>

Diesem Antrag hat lediglich die FDP zugestimmt.

Umwelt- und Klimaschutz griffen wir im vierten Antrag auf. Bisher finden sich Maßnahmen in diesem Bereich auf ganz unterschiedliche Teilhaushalte verstreut. Wir wollen, dass es einen gesonderten Teilhaushalt „Umwelt- und Klimaschutz“ gibt. Darin sollen alle Maßnahmen zusammengefasst und übersichtlich zugeordnet sein. So wird deutlich sichtbar, was im Wetteraukreis beim Umwelt- und Klimaschutz überhaupt passiert.

Außerdem haben wir beantragt, dass die Themen „Hitzeschutz“ und „Grundwasserschutz“ in den Klimaschutzbericht des Wetteraukreises aufgenommen werden. Diese beiden Themen werden immer wichtiger! <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1729-haushalt-2024-umwelt-und-klimaschutz-braucht-einen-eigenen-teilhaushalt-und-mehr-stellen.html> Der Antrag wurde abgelehnt.

Einige weitere Haushaltsanträge anderer Fraktionen

Die grüne Fraktion sorgt sich, weil die Stellen bei der Kreisverwaltung angewachsen sind. Sie haben eine Revision des Stellenplans beantragt. Eine weitere Stellenausweitung wollen sie begrenzen. Wir haben diesen Antrag abgelehnt. Es macht keinen Sinn, abstrakt über Stellenbegrenzungen zu diskutieren. Wenn der Kreis gesetzlich vorgegebene bzw. sinnvolle Aufgaben wahrnehmen soll, müssen dafür ausreichend Stellen vorhanden sein. Gerade im Umwelt- und Klimaschutz ist dies derzeit nicht der Fall. Und das sollte doch das Kernthema der Grünen sein.

Zudem forderte die Grüne Fraktion, dass ab 2024 bei allen Haushalten eine sparsame Haushaltsführung eingehalten werden sollte. Es liegt uns fern, den Haushalt zu verteidigen aber was ist mit sparsamer Haushaltsführung gemeint? Weitere Kürzungen im Sozialhaushalt oder etwas anderes? Immerhin haben die Grünen der Kürzung im Sozialhaushalt um 15 Millionen einmütig zugestimmt. Das macht skeptisch...

Die FDP beantragte 25.000 Euro zur Unterstärzung des Notmütterrufs. Diese Leistung wird eigentlich von den Krankenkassen übernommen. Weil aber auch vorkommt, dass Familien keine Leistungen erhalten, soll das durch einen Fonds des Kreises gewährleistet werden. Wir finden das Ansinnen nicht falsch, würden aber viel mehr Wert auf eine gute Kindergartenversorgung legen und eine ausreichende Aufnahmekapazität der Kitas– auch und gerade in einem Notfall.

Ein weiterer Antrag der FDP forderte 50.000 Euro für eine Kinder- und Jugendeinrichtung in Butzbach, die bei Inobhutnahmen einspringt. Auch das ist nicht falsch. Doch die Finanzierung müsste für alle Einrichtungen aufgestockt werden, die Kinder in Notsituationen aufnehmen und nicht nur für eine.

Die Freien Wähler beantragten für künftige Haushalte ein Konsolidierungskonzept. Der Kämmerer habe keine Einsparungspotentiale generiert. Sie haben Befürchtungen, dass in Zukunft die Kreisumlage bei den Städten und Gemeinden ansteigen könnte. Tja, dazu kann man nur sagen: Ist es den FW entgangen, dass so gut wie alle Ausgaben des Wetteraukreises Pflichtausgaben sind? Und natürlich wird die Kreisumlage weiter ansteigen. Dieses Jahr wurde das verhindert, weil die Rücklagen des Kreises aufgebraucht wurden. Aber warum prangern die FW nicht an, dass Bund und Länder die Kommunen nicht ausreichend finanziell ausstatten? Warum ist es ihnen egal, wenn die Rüstungsausgaben ins astronomische steigen? Warum interessiert es sie nicht, dass Hyperreiche keine Vermögenssteuer zahlen?

Debatte zur weitgehenden Schließung des Mathilden-Hospitals in Büdingen

Das Thema ist außerordentlich wichtig! Fast alle Fraktionen hatten einen Dringlichkeitsantrag zur Schließung des Mathilden-Hospitals in Büdingen gestellt. Doch was beabsichtigen die antragstellenden Fraktionen?

Die Koalition aus CDU und SPD beantragte eine Resolution, in der die Entscheidung des Bergamnn-Konzerns kritisiert wird. Sie stellen richtig fest, dass sich der Konzern mit der Schließung unrentabler Abteilungen entledigt und sich auf Fachgebiete beschränkt, die den meisten Gewinn einbringen. Jetzt wollen SPD und CDU mit der Landesregierung reden (Welche Parteien bilden eigentlich die Landesregierung? Wollen sie mit sich selbst sprechen?).

Die Koalition ist ärgerlich: Ihnen ist nämlich jetzt endlich aufgefallen, dass der private Bergmann-Konzern mit 30 Millionen Bundes- und Landesmitteln (also Steuergeldern) „gefördert“ wurde. Und sie sind verschnupft, weil der Konzern nicht dankbar ist, sondern an seinen Profit denkt. Sie fordern den Konzern dazu auf, die Klinikschließung zu „überdenken“, weil sich das auf die flächendeckende medizinische Versorgung im Kreis „spürbar auswirken“ wird.

Es fällt uns schwer, hier nicht bitter satirisch zu kontern!

Seit wann ist ein Konzern an der flächendeckenden Versorgung interessiert und auch noch dankbar für Subventionen? Jeder weiß, dass kapitalistische Konzerne Gewinnmaximierung betreiben. Und fertig. So eine Resolution ist Augenwischerei!

Der AfD ist nichts anderes eingefallen, als von der Landesregierung eine Dokumentation zu verlangen: Was haben sie mit dem Bergmann-Konzern besprochen?

Die FDP verlangte, dass man kein Bermann-Bashing betreiben solle. Das sei ungerecht gegenüber dem Konzern.

Die Grünen sehen keinen Grund, die Schließungen zu verurteilen, denn das Krankenhaus habe defizitär gearbeitet. Sie beantragten eine sachliche Debatte und wollen faktenorientiert und nicht populistisch diskutieren. Man soll auch nette Begriffe für diese Konzernpolitik verwenden – was ein Vorwurf gegen unser Flugblatt war, das wir in Büdingen verteilt haben (siehe unten).

Nur die Freien Wähler hatten einen Antrag ausgearbeitet, der sich gegen die Schließung wendet und sich mit den Folgen beschäftigt. Dazu haben Sie konkrete Forderungen aufgestellt, die der Kreisausschuss abarbeiten soll. Wir haben diesem FW-Antrag unsere Zustimmung gegeben. In unserer Rede haben wir auf die Krokodilstränen aufmerksam gemacht: Jetzt wird beweint, was jahrelang Politik der bürgerlichen Parteien war: die Privatisierung der Gesundheitsversorgung.

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Was soll eine Resolution bewirken, die sich an einen Privatkonzern richtet? Sie zünden eine Nebelkerze – das stimmen wir dem Redner der Freien Wähler zu!

Und was soll ihr Einsatz gegen ein Bashing des armen Konzerns? Was meinen Sie mit „unsachlich“, wenn man über die Konzernpolitik spricht?

Und wieso kann man die Gruppe „Triton Investments Advisers LLP“ mit Sitz in London nicht „Heuschrecke“ nennen? Sie ist genau das! Diese Gruppe hat bei Bergmann investiert und verlangt nun als Gegenleistung eine Profitsteigerung. So wie das die Heuschrecken der Wirtschaft eben so machen. Sie finden auf deren Homepage deren Geschäftstaktik, dass sie die kostenintensiven Teile zugunsten einer Ambulantisierung auflösen wollen. Und so macht das Bergmann jetzt.

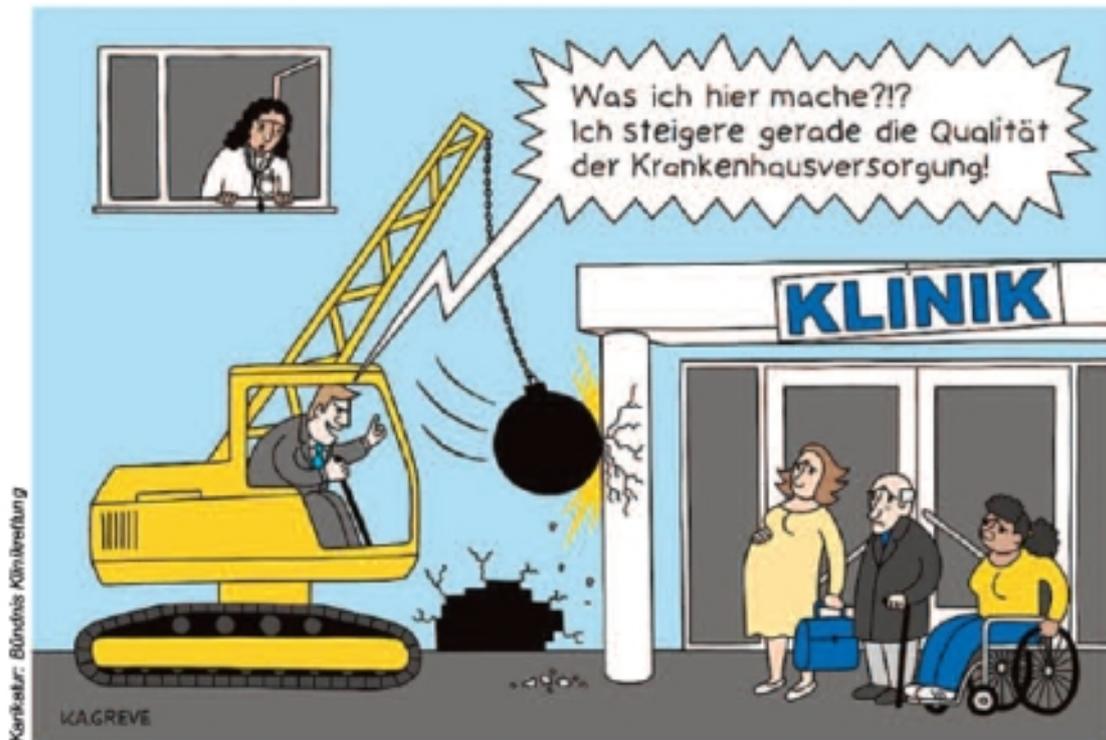
Was bringt Sie eigentlich zu der Annahme, ein privater Konzern sei dem Gemeinwohl verpflichtet? Dieses Vorgehen ist kapitalistische Geschäftsstrategie.

Wir finden es gut, wenn Sie dafür sorgen wollen, dass Auszubildende beim Gesundheitszentrum Wetterau weiter beschäftigt werden sollen. Wir finden alles gut, was den Beschäftigten erleichtert, eine neue Arbeit zu finden.

Aber die Schließung kann nicht durch solche Anträge verhindert werden. Das Einzige, was eine Schließung eventuell noch verhindern könnte, wäre eine breite Protestbewegung.

Leider finden sich alle Fraktionen einfach mit der Schließung ab. Bis auf die Freien Wähler haben sie keine Gegenwehr sichtbar werden lassen.

Wir haben in Büdingen das untenstehende Flugblatt verteilt. Sollte es eine Gegenbewegung geben, werden wir sie unterstützen.



Eine private Heuschrecke zerstört die medizinische Versorgung im Ostkreis der Wetterau. Jetzt muss das Land Hessen eingreifen und für eine wohnortnahe stationäre Versorgung auf dem Land sorgen!

Menschen vor Profite!

Das Mathilden-Hospital gibt es seit mehr als 150 Jahren. Jetzt wird die stationäre Versorgung in der Chirurgie, Inneren Medizin, HNO und Intensivstation geschlossen. Die Notaufnahme wird ebenfalls wegfallen. Dies zeigt, dass private

Unternehmen, wie der Bergmann Clinics Konzern, nicht geeignet sind, die Gesundheitsversorgung für die Mehrheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Das niederländische Unternehmen schließt das

Weiter auf der Rückseite

Die Privatisierung 2008 brachte unruhige Besitzverhältnisse für das Mathilden-Hospital. Derzeit ist der holländische Konzern Bergmann Clinics der Eigner, der ein riesiges Klinik-Netzwerk in den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Norwegen und Deutschland umfasst. Das war für die Heuschrecke Triton Investments Advisers LLP, London, interessant. Triton investierte bei Bergmann, mit dem Ziel, ein profitableres ambulantes Gesundheitssystem auszubauen.

Was sie sagen:

„Die Bergmann Clinics Deutschland Gruppe stellt das Mathilden-Hospital in Büdingen für die Zukunft neu auf. Ziel ist es, das seit Jahren defizitäre Krankenhaus unter Berücksichtigung der anstehenden ... Änderungen im deutschen Gesundheitswesen wirtschaftlich stabil und medizinisch nachhaltig auszurichten und damit eine positive Weiterentwicklung zu ermöglichen.“

Was sie meinen:

Das Mathildenhospital wirft aus Sicht des privaten Klinik Konzerns zu wenig Profit ab. Deshalb werden die Abteilungen geschlossen, die eine teure Ausstattung und hohen hygienischen Aufwand benötigen: Notfallversorgung, Innere Medizin, Chirurgie, Intensivstation. Eine ambulante medizinische Rumpfversorgung und eine psychiatrische Abteilung können mit viel niedrigerem Aufwand satte Profite erwirtschaften.

Fortsetzung von Seite 1

Büdingen Krankenhaus, weil es defizitär ist. Das ist aber zur Zeit bei der Mehrheit der deutschen Kliniken der Fall. Viele sind insolvenzgefährdet.

Die Bundesregierung betreibt eine völlig verfehlte Gesundheitspolitik!

Klinikschließungen sind die Folge einer völlig verfehlten Gesundheitspolitik. Aktuell wird in Berlin über einen Referentenentwurf für ein Krankenhaus "verbesserungs"gesetz diskutiert. Verbessert wird nichts aber die Hälfte der Bettenkapazität soll abgebaut werden. Als Folge werden sich Rettungswege verlängern und die Versorgung der Bevölkerung vor Ort wird sich verschlechtern.

Zudem will die Bundesregierung in den medizinischen Berufen zukünftig Mindestanforderungen bei der Personalbesetzung einführen. Was zunächst gut klingt, wird schwierig: Viele Beschäftigte wer-

den in den nächsten Jahren in Rente gehen. Jetzt schon herrscht Fachkräftemangel, der sich dann noch zuspitzt. Der hessische Landeskrankenhausausschuß geht heute davon aus, dass dann sieben psychiatrische Kliniken schließen müssen. Ob dann eine psychiatrische Klinik in Büdingen noch rentabel sein wird, ist die Frage.

Die Linke will eine Gesundheitsreform, die sich am medizinischen Bedarf orientiert. Den Kliniken muss eine sichere und schnelle Kostenerstattung garantiert sein.

Dafür müssen die Fallpauschalen völlig abgeschafft werden.

Mit der Gesundheit darf kein Geschäft gemacht werden! Deshalb haben privatwirtschaftliche Unternehmen hier nichts zu suchen.

Die Menschen müssen im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit. Gesundheitsversorgung ist eine staatliche Aufgabe!

*V.i.S.d.P.: DIE LINKE. Kreisverband Wetterau,
Usagasse 26, 61169 Friedberg, info@die-linke-wetterau.de*

Aktuelles zur Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft

Im März 2024 sah es so aus, als wolle sich der Kreistag von seinem Beschluss zurückziehen und die kreiseigene WoBau sterben lassen, ehe sie geboren war. Aus der grünen Fraktion war die Idee gekommen: „Wenn es so schwierig ist, eine WoBau zu gründen, warum machen wir uns nicht ehrlich und nehmen den Beschluss zurück?“ Man hörte im Ausschuss förmlich die Erleichterung der Koalition.

Doch am 29. April überraschte die Koalition mit einem neuen Vorstoß: Seit Januar arbeitet die neue Kreisbeigeordnete Marion Götz, ehrenamtlich an einer Lösung für die WoBau. Sie hat die umliegenden Kreise und Städte besucht, die schon eine WoBau betreiben. Jetzt hat sie einen Fahrplan vorgelegt, wie der Wetteraukreis doch noch zu einer Wohnungsbaugesellschaft kommen könnte. In der nächsten Kreistagssitzung soll dieser Plan im Grundsatz gebilligt werden. Dann will sie die konkreten Umsetzungsschritte bis zum Jahresende ausgearbeitet haben.

Frau Götz hat den Fraktionen Gesprächsbereitschaft signalisiert. DIE LINKE. Fraktion hat am 13. Mai einen Termin mit ihr ausgemacht.

Wir sind skeptisch. Aber wir werden alles tun, dass es eine kreiseigene WoBau gibt.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber